

# ANTRAG

*Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 22. September 2024*

*Antragsteller\*in: david baltzer*

*Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsberatungen*

*Status: Zurückgezogen*

## **A11: Für eine besonnene Rüstungspolitik in Deutschland, der Nato und der EU und eine Friedensfähige Gesellschaft**

### **Antragstext**

1 Wir sehen mit Sorge dass es durch den Überfall von Russland auf die Ukraine zu  
2 einer Militarisierung der westlichen Gesellschaften kommt sowie zu Überrüstung  
3 des westlichen Bündnisses. Die Nato ist Russland militärisch überlegen, nicht  
4 jede Fähigkeitslücke auf unserer Seite muss geschlossen werden um die  
5 Abschreckung aufrecht zu halten. Die kommenden Jahrzehnte stellen die gesamte  
6 Weltgemeinschaft vor enorme Anstrengungen damit die Weltgemeinschaft die Folgen  
7 des Klimawandels eindämmen und seine Ursachen zu mindern kann. Wir können uns  
8 deshalb einen zweiten kalten Krieg mit Russland nicht leisten. Das heisst in  
9 Bezug auf die Fähigkeiten der Bundeswehr, der Nato und der EU, dass mit  
10 Augenmass und Besonnenheit zu handeln ist. Maxime allen unseres Handelns ist,  
11 militärische Konfrontationen zu vermeiden, ihre Entstehen zu erkennen und  
12 dauerhaft auf nicht militärischen Konfliktlösungen zu bauen. Ziel ist es am  
13 Übergang von der Abschreckung hin zu einer Friedenslösung der EU mit Russland  
14 hin zu arbeiten:

15 - die Ausgaben für Armeen und Rüstung zu begrenzen, nationale doppelkapazitäten  
16 wirkungsvoll abbauen

17 - Fähigkeiten bündeln und ggf in der EU zusammenziehen, Rückbau der nationalen  
18 Armeen

19 - militärische Kapazitäten an die UNO abgeben, die OSZE stärken

20 - Fähigkeiten von der BW auf den Katastrophenschutz übertragen

- 21 - aus der Position der Stärke heraus (die militärische Überlegenheit des  
22 westlichen Bündnisses nutzen) Russland in einen Abrüstungswettlauf zu verwickeln
- 23 - zu prüfen, ob strategisch wichtige Rüstungsindustrie verstaatlicht werden kann  
24 (das würde die Anfälligkeit dieses Bereiches für Korruption, mangelnde  
25 Endverbrauchskontrolle, den Abbau von Übergewinnen ermöglichen, bzw  
26 vereinfachen. Die Kontrolle über strategisch wichtige Kenntnisse und Fähigkeiten  
27 blieben in Staatshand)
- 28 - die Resilienz der Gesellschaft und der Infrastruktur innerhalb von  
29 Deutschland stärken wie auch die Abhängigkeit von den USA vermindern
- 30 - keine Wiedereinführung der Wehrpflicht. Langfristig ist auf eine resiliente  
31 Gesellschaft hinzuarbeiten im Geiste von 'sozialer Verteidigung'. Diese würde  
32 uns nicht nur nichtmilitärische Wehrhaftigkeit ermöglichen sondern gleichzeitig,  
33 weil das die Bedingung dieser sozialen Infrastruktur ist, befähigen die  
34 Interessengegensätze in unserer Gesellschaft konstruktiv zu bewältigen,  
35 demokratiefähig zu bleiben und die anwachsende Autoritätssehnsucht grösserer  
36 Bevölkerungsgruppen eindämmen
- 37 Wir glauben, dass entfesselte Rüstung, Militarisierung, die 'Kriegstauglichkeit'  
38 autoritären Strukturen festigen und ermöglichen. Dauerhafter  
39 innergesellschaftlicher Frieden braucht Konfliktfähigkeit nach innen und aussen,  
40 Teilhabe aller an den materiellen wie ideellen Ressourcen sowie den Ausgleich  
41 mit den Gesellschaften des globalen Südens. Rüstung, zumal wenn wir bereits  
42 überrüstet sind, macht die Welt ärmer und stärkt die destruktiven Kräfte.

## **Begründung**

Begründung folgt.